



**Peter Wichtel**

*Unsere Stimme in Berlin*

**CDU**

## Berlin Aktuell

10/2014 – 12.09.2014

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Freunde,

mit dem Ende der parlamentarischen Sommerpause hat in dieser Woche der Sitzungsbetrieb des Deutschen Bundestages wieder begonnen. Dabei haben wir in einer sogenannten Haushaltswoche einzig den Entwurf der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 2015 beraten.

Mehr zum ohne Zweifel historischen Etat für das kommenden Jahr, der zum ersten Mal seit 1969 ohne neue Schulden auskommen wird, lasse ich Ihnen hiermit in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Wünschen für ein schönes Wochenende

Ihr

[www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)



## Schwarze Null – Erste Beratung des Bundeshaushalts 2015

In dieser Sitzungswoche des Bundestages haben wir ausschließlich den nun vorliegenden Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes für das Jahr 2015 debattiert. Der Entwurf ist mehr als ein Buch voller Zahlen, er hat historische Bedeutung: Zum ersten Mal seit 1969 werden wir komplett ohne neue Schulden auskommen und wenden uns damit endlich von der



(© Andreas Hermsdorf/pixelio.de)

Politik des Schuldenmachens ab. Wir schaffen die *schwarze Null*, und zwar ohne Steuererhöhung. Und wir setzen sie über den gesamten Finanzplanungszeitraum fort. Damit steht das von uns durchgesetzte Kernelement im Koalitionsvertrag unmittelbar vor seiner Verwirklichung: Unsere Bundesregierung kommt mit dem Geld aus, das sie hat. Das ist vernünftig, gerecht und ein wesentlicher Bestandteil unseres Profils in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik.

Grundlage dieses Erfolgs ist unser Festhalten an der wachstumsorientierten Konsolidierung auch gegen Widerstände. Trotzdem ist der Haushalt 2015 kein Sparhaushalt – im Gegenteil: Wir nutzen die von uns in den vergangenen Jahren erarbeiteten Freiräume, um Akzente in wichtigen Ressorts zu setzen. So wird die Bundesregierung beispielsweise Länder und Gemeinden um sechs Milliarden Euro entlasten, damit sie mit dem gesparten Geld Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen besser finanzieren können. Der Forschungsbereich erhält zusätzlich drei Milliarden Euro - vor allem für den Pakt für Forschung und Innovation und für die Exzellenzinitiative. Die Verkehrsinvestitionen in Straßen, Schienen und Wasserstraßen steigen bis 2017 auf insgesamt fast 12 Milliarden Euro.

Nach der nun erfolgten ersten Beratung des Haushaltsentwurfes soll der Etat für das kommende Jahr 2015 nach einer zweiten Beratung in einer weiteren Haushaltswoche im November verabschiedet werden.

Weiterführende Informationen zum Entwurf des Bundeshaushaltes für das Jahr 2015 finden Sie auf den Seiten des zuständigen Bundesfinanzministeriums unter [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de).



## Deutschland unterstützt Irak im Kampf gegen die ISIS



(© Bundeswehr)

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in der vergangenen Woche in einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages eine Regierungserklärung zur Situation im Nordirak und den Gräueltaten der Terrororganisation ISIS abgegeben. Merkel betonte, dass „eine so weitreichende Destabilisierung einer ganzen Region sich auch auf Deutschland und Europa auswirkt.“ Deutschland sei „auch bereit, in begrenztem Umfang und in enger Abstimmung mit unseren Partnern den Streitkräften der Autonomen Region Irakisch-Kurdistan Waffen und Munition für den Kampf gegen die ISIS-Terrormiliz bereitzustellen“.

Die Bundesregierung leistet den Menschen im Norden Iraks, die von der ISIS verfolgt und bedroht sind, bereits umfangreiche humanitäre Hilfe. Diese Hilfe wird jetzt durch militärische Ausrüstungsgegenstände ergänzt. Sie soll mit Zustimmung der irakischen Zentralregierung der kurdischen Regionalregierung im Norden Iraks überlassen werden.

Die Bundesregierung sieht diese Lieferungen von Waffen und Munition in das irakische Krisengebiet als einen Ausnahmefall. Sie stellt sich damit ihrer moralischen und politischen Verantwortung, einem Völkermord entgegenzutreten, der sich vor aller Augen vollzieht. Die islamistischen Kämpfer, die im Norden Iraks agieren, wenden Methoden des Terrors gegenüber allen Andersdenkenden an - egal ob Muslime, Christen oder Jesiden. Mord, Unterdrückung und Vertreibung sind bewusst eingesetzte Instrumente.

Weiterführende Informationen zur Thematik sowie den Hilfen Deutschlands für den Irak finden Sie unter anderem auf den Seiten der Bundesregierung unter [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

## Daten und Fakten

**Fokus Pflege.** Gegenwärtig sind in Deutschland 2,6 Millionen Menschen pflegebedürftig. Davon werden mehr als zwei Drittel (70 Prozent) zu Hause gepflegt. Infolge des demografischen Wandels wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 auf schätzungsweise 3,5 Millionen erhöhen. Im Hinblick auf diese Entwicklung arbeitet die Koalition an der Stärkung der Pflege: Noch in diesem Jahr sollen die Leistungen der Pflegeversicherung um insgesamt 2,4 Milliarden Euro verbessert werden. Dabei steigen die meisten Leistungsbeträge pauschal um 4 Prozent. Auch wird der Zuschuss für die altersgerechte Umrüstung der eigenen vier Wände um 1.600 Euro auf dann bis zu 4.000 Euro angehoben. Davon profitieren Pflegebedürftige und Angehörige. Gleichzeitig wird die Finanzierungsgrundlage der Pflegeversicherung gestärkt. Neben einer Beitragserhöhung um 0,3 Prozentpunkte wird ein Pflegevorsorgefonds bei der Bundesbank angelegt, der die Beitragssätze stabilisiert, wenn in 20 Jahren die geburtenstarken Jahrgänge ins Pflegealter kommen.

*(Quelle: Bundesministerium für Gesundheit)*

**Ausbildungsförderung modern und bedarfsgerecht.** Im vergangenen Jahr sank die Zahl der BAföG-Empfänger um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 959.000 Personen erhielten demnach im Jahr 2013 Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz; davon waren 293.000 Schüler und 666.000 Studierende. Mit dem 25. BAföG-Änderungsgesetz bereitet die unionsgeführte Koalition nun den Weg in eine moderne Ausbildungsförderung: Der Kreis der Geförderten wird um bis zu 110.000 Personen erweitert, indem die Einkommensfreibeträge um 7 Prozent angehoben werden. Auch wird die Hinzuverdienstgrenze auf 450 Euro erhöht, so dass BAföG-Empfänger in Zukunft kontinuierlich einen so genannten Minijob ausüben können. Die Bedarfssätze werden um 7 Prozent angehoben; der Wohnzuschlag steigt auf 250 Euro und trägt damit den gestiegenen Kosten für studentisches Wohnen Rechnung. Auch die Länder profitieren: Der Bund übernimmt ab 2015 die volle Finanzierung der BAföG-Leistungen und entlastet sie damit um 1,17 Milliarden Euro jährlich. Die Länder haben im Gegenzug zugesagt, diese Summe in Schule und Hochschule zu investieren.

*(Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung)*



**Impressum**

Peter Wichtel MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227 – 77041  
Fax: 030 / 227 – 76241  
Mail: [peter.wichtel@bundestag.de](mailto:peter.wichtel@bundestag.de)  
Internet: [www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)

**Redaktion**

Christoph Schmid

**Bildnachweis**

Seite 2 – Andreas Hermsdorf/pixelio.de  
Seite 3 – Bundeswehr